Niederschrift

über die 11. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 9. September 2010
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:55 Uhr

Unterbrechungen: 17:03 - 17:23 Uhr

Anwesenheit: Soll: 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist: 35 Mitglieder der Stadtvertretung
81,40 %

Entschuldigt fehlten: Ratsherr **Dachner** (SPD)
Ratsherr **Komning** (fraktionslos)
Ratsherr **May** (fraktionslos)
Ratsherr **Messner** (CDU)
Ratsherr **Nötzel** (fraktionslos)
Ratsherr **Dr. Schulz** (CDU)
Ratsherr **Stieber** (SPD)
Ratsfrau **Strunk** (SPD)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister
Herr **Walter**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Herr **Modemann**, 2. Stellvertreter

I. Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, eröffnet die 11. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

II. Einwohnerfragestunde

Da keine Fragen von Einwohnern vorliegen, schließt der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, die Einwohnerfragestunde.

- III. Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
 - Feststellung der Anwesenheit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, stellt die ordnungsmäßige Einladung fest (Postausgang 1. September 2010). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben (vgl. Anlage 1).

- IV. Beschluss über die Niederschrift der 10. Sitzung der Stadtvertretung am 8. Juli 2010**

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

- V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

DS V/291 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Einreicher: Oberbürgermeister

Auf den Hinweis von Ratsherrn **Kowalick** (DIE LINKE) zum Punkt 2.3.1 „37. Deutsch-Japanischer Simulationsaustausch“ bestätigt Herr **Walter**, Leiter des Fachbereiches 2, dass es richtigerweise Simul-tanaustausch heißen muss.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, begrüßt die Präsidentin des Landtages M-V, Frau Bretschneider.

- VI. Anfragen**

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) stellt zwei Anfragen im Namen der Bürger der Stadt:

Die **erste** Frage bezieht sich auf die Gartenanlagen 2 und 3 und den alten Bauwagen, der zwischen den Gartenanlagen steht. Dieser stehe schon etliche Jahre dort und sei inzwischen baufällig und ein Schandfleck für die Gartenanlagen. Die Kündigung (nach Aussage von Frau Zimmermann vom Immobilienmanagement) zum 31.08. sei nicht eingehalten worden.

Der Oberbürgermeister werde gebeten, sich dieser Sache anzunehmen und wenn nötig, eine Zwangsräumung für den Wagen vorzusehen.

Die **zweite** Frage bezieht sich auf die Brauereistraße 49, hinter der Brauereistraße - Sandweg hinter den Gärten. Dort habe sich ein Sperrmüllhaufen angesammelt, der mit der Zeit immer größer wird. Auch dieser Sache sollte sich angenommen werden.

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, bedankt sich für die Hinweise.

Herr **Schwabe**, stellv. Betriebsleiter SIM, gibt den gegenwärtigen Arbeitsstand zur Problematik des Bauwagens zur Kenntnis (Vorbereitung Ersatzvornahme).

Ratsfrau **Bittkau** erbittet eine Zwischenantwort, inwieweit sich das erledigt hat oder auch nicht.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachenummer **V/307**.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) verweist auf die Sitzung der Lenkungsgruppe Lokale Agenda am 29. Juni 2010. Auf dieser Sitzung sei unter anderem der Umwelttag 2010 ausgewertet worden, der in der Hintersten Mühle durchgeführt wurde. Zur Perspektive der Hintersten Mühle sei durch den Oberbürgermeister ausgeführt worden, dass im Zuge der Kreisgebietsreform neue Überlegungen angestellt würden, was mit der Hintersten Mühle weiter passiert.

In der Niederschrift sei aber zu lesen, dass der Oberbürgermeister für eine Privatisierung sowie Optimierung der vorhandenen Strukturen plädiere. Das sei Ratsherrn Kowalick neu.

Frage: Soll der Standort Hinterste Mühle oder nur Teile des Standortes privatisiert werden? Sollen die angebotenen Leistungen privatisiert werden? Oder soll es Vereinbarungen nach dem Landesneuordnungsgesetz § 165 geben?

Das, was bezüglich der Hintersten Mühle im Zusammenhang mit der Landkreisneuordnung diskutiert wurde, sei bisher vor allem der Umstand gewesen, dass Überlegungen angestellt wurden, was mit den ABS-Gesellschaften wird, führt Herr **Dr. Krüger** aus. Es sei geprüft und nach der ersten Erkenntnis deutlich geworden, nicht ganz auf ABS-Gesellschaften zu verzichten, sondern eine weiter zu betreiben. Darüber werde noch im Detail zu reden sein. Deshalb stand das in Frage: Was wird mit der Hintersten Mühle in dieser Hinsicht als ABS-Gesellschaft? Darüber hinaus gebe es Klärungsprozesse seit mehreren Jahren, wie sich die Struktur der Hintersten Mühle langfristig gestalten wird, auch in Anbetracht des hohen Zuschussbedarfes der Hintersten Mühle insgesamt und des „Sammelsuriums“ von Aufgaben, die damit realisiert werden und durchaus an der einen oder anderen Stelle kritisch beleuchtet wurden. Insbesondere werde jedes Mal mit dem Haushaltserlass durch die Landesregierung auch kritisch auf die hohen Zuschussbedarfe bei Gesellschaften gesehen, sodass auch darüber nachzudenken ist, wie die Gesellschaften so gestaltet werden, dass die Aufgaben effektiver realisiert werden können. Auch im Zusammenhang mit der Neugestaltung der ABS-Gesellschaften werde es jetzt darum gehen, wie das Ganze zu strukturieren ist. Wenn hier von Privatisierung die Rede sei, dann gehe es nicht darum, das Ganze zu privatisieren, sondern Teilbereiche, die sich für eine Privatisierung anbieten, dahingehend zu untersuchen, ob eine Privatrechtsform a) zu einer möglicherweise besseren Bewirtschaftung von Teilbereichen kommt und b) zu einer Kostensenkung führen kann. Sodass der Zuschussbedarf der Stadt damit auch gesenkt werden kann. Das sei aber nicht abgeschlossen. Wenn eine feste Struktur „im Auge“ sei, dann werde die Stadtvertretung rechtzeitig informiert und einbezogen. Bei der Überlegung zu verschiedenen Optionen sei auch nicht ganz unerheblich, wie dann auch personell die Führung gestaltet wird. Deshalb sei vor einiger Zeit darüber auch informiert worden, erinnert Herr Dr. Krüger.

Ratsherr **Richter** (DIE LINKE) gibt zur Kenntnis, dass ihn Bürger von Küssow-Nord beauftragt haben anzufragen, ob es in Küssow vorgesehen ist, Verkehrskontrollen durchzuführen bezüglich der Fußgängerampel, die auch durch den Fahrverkehr aus dem Ortsteil beeinflusst wird. Hier würden des Öfteren Rotlicht-Verstöße durch die Fahrzeugführer begangen.

Herr **Modemann**, Leiter des Fachbereiches 3, werde das Thema mitnehmen, weil es mit der Polizei abzustimmen ist.

Ratsherrn **Pissarek** (SPD) interessiert der aktuelle Stand des Ausschreibungs- und Besetzungsverfahrens Geschäftsführer Veranstaltungszentrum.

Herr **Dr. Krüger** wird dazu eine Antwort im nichtöffentlichen Teil der Sitzung geben.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) bezieht sich auf das abgelaufene Vier-Tore-Fest, das für die Stadt wieder ein Erfolg war.

Aber ein mit öffentlichen Geldern finanzierter Fernsehsender habe von der Stadt 10 Tausend Euro erhalten.

- Vor dem Hintergrund der Haushaltslage und der Einsparungen, die den Bürgern zugemutet wurden, möchte er wissen, aus welchem Haushaltstitel die Gelder kamen.

- Wurden auch die Ehrenamtlichen, die am Fest mitgewirkt haben, und die Musiker entsprechend honoriert für ihr Engagement?
- Ist es notwendig, den NDR zu subventionieren?

Herr **Dr. Krüger** verweist darauf, dass diese Veranstaltung ein Attraktivitätsgewinn für die Stadt sei und dadurch das Vier-Tore-Fest sehr stark aufgewertet werde. Es erschien bisher als angemessen, dafür entsprechende Mittel vorzusehen. Diese Größe werde durch alle Städte, in denen die Sommer-tour durchgeführt wird, bezahlt. Sollte die Stadtvertretung zu der Auffassung gelangen, dass es nicht angemessen ist, sei darüber bei passender Gelegenheit zu reden und zu entscheiden.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachenummer **V/308**.

Ratsherr **Bretschneider** (SPD) äußert, dass im Rahmen der Haushaltsveränderungen in den letzten Tagen die Mittel für die Sanierung bzw. den Neubau der Regionalschule Ost gekürzt oder gestrichen wurden. Da die Schule im ältesten und schlechtesten Plattenbau der Stadt Neubrandenburg nach wie vor im festen Betrieb ist, möchte er wissen: Wie sieht die Planung momentan aus? Wie will man weiter verfahren?

Herr **Dr. Krüger** bestätigt, dass der Zustand der Schule seit langem Sorgen bereite. Deshalb sei sie im Investitionsranking weit nach vorn gesetzt worden. Es gelte nach wie vor bei allen Investitionen in der Stadt, dass Schulen zum Beispiel auch vor dem Rathaus und vor anderen Investitionsvorhaben Vorrang haben. Das sei auch bekannt. Die Regionalschule Ost liege weiter im prioritären Bereich der Baumaßnahmen, auch der Schulbauten. Auf Grund der aktuellen Situation sei zur Kenntnis zu nehmen gewesen, dass es nicht ohne Weiteres möglich sein wird, die Schule jetzt mit in die Finanzierung zu bekommen. Es werde aber daran gearbeitet, auch über andere Quellen und Wege Eigenmittel so darstellen zu können, dass es möglich sein wird, auch dieses Projekt zu realisieren. Eine verbindliche Zusage zur Realisierung sei heute aber nicht möglich, weil es auch von anderen Bauvorhaben und dem Mittelabfluss, auch von der Höhe der Förderung für andere Projekte, abhängig ist. Und man müsse sehen, dass durch die Bereitstellung von Eigenmitteln, auch durch Vermögensmaßnahmen, diese so eingesetzt werden können, dass in das betriebsnotwendige Vermögen, wozu mit Sicherheit die Schulen gehören, wieder investiert werden kann.

VII. Informationen und Mitteilungen

Es gibt keine Informationen und Mitteilungen.

VIII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, bittet ein Änderungsblatt nachzutragen zum TOP 5

V/276 Gesellschaftsvertrag der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 2 bis 4 (Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Des Weiteren wird Rederecht beantragt zum TOP 5 (V/276 – Gesellschaftsvertrag TOG) für den Geschäftsführer, Herrn Rautmann.

Ratsherr **Schneider** (CDU) stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 9 (Drucksache V/274 – Eckwertebeschluss der Stadt Neubrandenburg für das Haushaltsjahr 2011) von der Tagesordnung zu streichen. Die Drucksache sei durch den Hauptausschuss in die Ausschüsse zurückverwiesen worden.

Durch den Präsidenten nicht vertretbare Zeitabfolge gebe es ein technisches Problem, was so aus der Welt zu schaffen sei.

Abstimmung über das Rederecht: Dem Rederecht wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Ratsherrn Schneider: Dem Änderungsantrag wird mehrheitlich gefolgt.

Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung: Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

IX. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 1 V/295 Änderung des Beschlusses Nr. 24/02/09
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Einreicher: CDU Fraktion

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 151/11/10

Die Tagesordnungspunkte 2 bis 4 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 2 V/205 Gebührenkalkulation zur Gebührensatzung für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Neubrandenburg
1 Änderungsblatt
Einreicher: Oberbürgermeister
2. Lesung

Voten:

Finanzausschuss: 9 Dafürstimmen

Stadtentwicklungsausschuss: 7 Dafürstimmen und 2 Stimmenthaltungen

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) meint, dass die Stadt keine Chancen mehr habe Einnahmen zu erzielen, wenn in den leistungsfähigen Bereichen mit dem Argument einer Wirtschaftsförderung auf Gebühren verzichtet wird. Mit diesem Argument könnten auch andere Gebühren in Frage gestellt werden. Wenn die Summe von 4.000 EUR der Ertragswert der Satzung sind, dann stelle er den Antrag an die Verwaltung zu prüfen, ob diese Satzung nicht gänzlich abgebaut werden kann, weil es nicht mehr wirtschaftlich ist, diese Gebühren zu erheben.

Nicht zuletzt auf Wunsch der Stadtvertretung sei die Diskussion noch einmal aufgegriffen worden, macht Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, deutlich. Gerade in dem Bereich, der im Einzelhandel im Bereich der Innenstadt eher unterprivilegiert ist, den Händlern zusätzliche Belastungen zuzumuten, sei nicht gut. Die Gebühren so zu gestalten, wie sie nun vorliegen, dazu habe es Abstimmungen gegeben, auch mit den einzelnen Händlern. Insofern standen nicht höhere Erträge für die Stadtkasse im Vordergrund, sondern tatsächlich den Einzelhandel in der Innenstadt stärker zu beleben.

Es gehe nicht um 4.000 EUR als Einnahme insgesamt, sondern um eine Erhöhung um 4.000 EUR (Mehreinnahme), stellt Herr **Schmetzke**, Abteilungsleiter Bewirtschaftung Verkehrs- und Grünanlagen, richtig.

Die Ursachen lagen darin, dass mit der ganzen Gestaltung des Marktplatzes und der steuerlichen Bewertung im Zusammenhang mit der Tiefgarage nicht wie früher ein Entgelt auf dem Marktplatz eingenommen werden soll, sondern eine Sondernutzungsgebühr. Diese musste im Gebührenkatalog als Tarif geschaffen werden. Für die Gesamtkalkulation gebe es durch den Eigenbetrieb aufgrund der Abschreibungen andere Voraussetzungen zum Kalkulieren, die es in der alten Satzung nicht gab.

Herr **Dr. Krüger** wollte damit nur sagen, dass es andere formale Zwänge gab, diese Vorlagen einzubringen, als nur die Erzielung eines höheren Ertrages. Das sei nur ein Nebeneffekt, der nicht im Vordergrund stand. Deshalb sei es angemessen und vernünftig gewesen, dass nach Diskussion, auch mit den Einzelhändlern, und in Abwägung von Vor- und Nachteilen eine Lösung gefunden wurde, die insgesamt vertretbar ist.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) äußert, dass die Fraktion DIE LINKE davon ausgegangen sei, dass die drei Drucksachen genauso vorbereitet wurden, wie die im Jahr 2000 verabschiedete Sondernutzungssatzung: im gemeinsamen Einvernehmen mit den Betroffenen. Das jedoch sei diesmal nicht der Fall gewesen. Nachdem es öffentlich wurde und die Betroffenen sich äußerten, habe eine öffentliche Fraktionssitzung stattgefunden. In dieser wurde eindeutig gesagt, dass die Betroffenen diesmal nicht in die Erarbeitung der Sondernutzungssatzung einbezogen wurden. Jedoch hätten die Betroffenen auch klar gemacht, dass ihnen bewusst ist, dass die Stadt auch Mehreinnahmen erzielen muss und sie auch ihren Beitrag dazu leisten wollen, wobei Händler, Gewerbetreibenden und Gastwirte auch einige Bedenken angemeldet und geäußert haben, dass die Schmerzgrenze erreicht ist. Diese Anregungen und Bedenken seien in den Ausschüssen, auch den Betriebsausschuss, mit eingebracht worden. Ratsherr Kowalick sei der Verwaltung dankbar, dass auf die meisten Anregungen und Bedenken eingegangen wurde und diese im Änderungsblatt Berücksichtigung fanden und somit nicht mehr eine Mehreinnahme von 20.000 EUR, sondern nur noch von 4.000 EUR formuliert wird. Die 16.000 EUR Mindereinnahmen seien gut angelegt für eine attraktive und lebendige Innenstadt. Die Fraktion DIE LINKE werde den drei Drucksachen zustimmen.

Herr **Dr. Krüger** wolle dem Eindruck, dass im Vorfeld nicht gesprochen wurde, entgegen wirken. Es habe Gespräche und Verhandlungen gegeben. Jedoch sei es in der Tat so, dass nicht alles von vornherein im Konsens war und dass es über solche Dinge, wenn es um Gebühren geht, unterschiedliche Auffassungen gab. Dass am Ende der Abwägung und Diskussion ein vernünftiger Kompromiss gefunden wurde, darin stimme er Ratsherrn Kowalick zu.

Ratsherr Rühls habe sowohl aktiv, als auch in der Leitung der heutigen Sitzung an der Mitwirkung dieser Drucksache teilgenommen und sei gleichzeitig Innenstadthändler, stellt Ratsherr **Dr. Lübbert** (SPD) fest. Er wolle nicht, dass aus diesem Grunde die Satzung angreifbar ist und bittet um Klärung eines möglichen Mitwirkungsverbotes.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühls**, stellt richtig, dass er an den Ausschusssitzungen nicht teilgenommen habe, sei aber auch für eine Klärung, ob er mit abstimmen darf.

Es sollte über die Anzeige eines Mitwirkungsverbotes nachgedacht werden, erklärt Herr **Meyer zu Schlochtern**, Abteilungsleiter Recht und Vergaben. Ein Mitwirkungsverbot sei dann anzuzeigen, wenn einem Mitwirkenden unmittelbare oder mittelbare wirtschaftliche oder persönliche Vor- oder Nachteile durch den zu fassenden Beschluss entstehen können.

Hier könne möglicherweise durch Werbeplakate oder Außenstände ein, wenn auch extrem geringer, Vorteil entstehen. Daher sei es möglicherweise sinnvoll, ein Mitwirkungsverbot anzuzeigen.

Ratsherr **Rühs** zeigt Mitwirkungsverbot für die Abstimmung der Drucksachen an und übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Stadtpräsidentin Ratsfrau **Klopsch**.

Ratsherr **Hohenstein** (CDU) zeigt Mitwirkungsverbot für die Drucksachen an.

Ratsherr Rühs und Ratsherr Hohenstein verlassen den Beratungsraum.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 152/11/10

TOP 3 **V/206** Gebührensatzung für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Neubrandenburg
1 Änderungs- gen und Plätzen in der Stadt Neubrandenburg
blatt Einreicher: Oberbürgermeister
2. Lesung

Voten:

Finanzausschuss: 9 Dafürstimmen

Stadtentwicklungsausschuss: 6 Dafürstimmen, 1 Gegenstimme, 2 Stimmenthaltungen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 32 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Beschlusnummer: 153/11/10

TOP 4 **V/207** Satzung für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Neubrandenburg
1 Änderungs- Plätzen in der Stadt Neubrandenburg
blatt Einreicher: Oberbürgermeister
2. Lesung

Voten:

Finanzausschuss: 9 Dafürstimmen

Stadtentwicklungsausschuss: 6 Dafürstimmen und 3 Stimmenthaltungen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 31 Dafürstimmen und 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlusnummer: 154/11/10

Die stellvertretende Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Klopsch** übergibt die Leitung der Sitzung wieder an den Stadtpräsidenten, Ratsherrn **Rühs**.

TOP 5 **V/276** Gesellschaftsvertrag der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz
1 Änderungs- burg/Neustrelitz
blatt Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Kulturausschuss: 6 Dafürstimmen, 3 Gegenstimmen

Finanzausschuss: 4 Dafürstimmen, 5 Gegenstimmen

Der nun vorliegende Gesellschaftsvertrag sei Ergebnis einer langen Geschichte und langer Verhandlungen, konstatiert Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister. Die Eckwerte dazu seien bereits im Dezember des letzten Jahres beschlossen worden und dann habe es noch mehrere Gesellschafterversammlungen gedauert, um einen Konsens zu erzielen bzw. die notwendigen Mehrheiten zu erreichen, um nun überhaupt einen Gesellschaftsvertrag verabschieden zu können. Auftrag der Stadtvertretung vom 28.05.2009 (Beschlussnummer 742/48/09) an den Oberbürgermeister war es, in Verhandlungen einzutreten, um mit den Vertragspartnern im Theaterverbund Neubrandenburg, Mecklenburg-Strelitz und der Theater und Orchester GmbH zu einer Einigung zu gelangen.

Hier heißt es:

„Ziel der Verhandlungen ist eine ausgewogene Beteiligung an der kommunalen Finanzierung entsprechend § 3 Abs. 2 des Theatervertrages nach einem verbindlich geregelten Verteilerschlüssel, beginnend ab der Laufzeit 2010 bis 2013 zu vereinbaren. Ein weiteres Ziel ist eine angemessene Vertretung der Gesellschafter in den Gremien der Gesellschaft entsprechend ihren Anteilen an der Gesellschaft bzw. ihren finanziellen Beiträgen für die Gesellschaft.“

Mit Beschluss 101/07/10 vom 23.03.2010 sei zur Finanzierung der Theater und Orchester GmbH ein Ergänzungsbeschluss gefasst worden, in dem es darum geht, den erhöhten Zuschuss für das Jahr 2010 zu beschließen. In diesem heißt es: „Der erhöhte Zuschuss wird unter der Bedingung gewährt, dass beginnend ab dem Haushaltsjahr 2011 der durch die Gesellschafterkommunen jährlich zu leistende Zuschuss nach einem berechenbaren und leistungsbezogenen Verfahren bemessen und darüber hinaus bis zur Aufstellung der Haushaltsplanung 2011 eine verbindliche Vereinbarung innerhalb der Gesellschafter getroffen wird.“

In der Informationsvorlage V/244 vom 08.07.2010 sei formuliert: „Die Finanzierungsanteile künftiger Kooperationsteilnehmer/Gesellschafter sollen in etwa dem jeweiligen Theaterangebot vor Ort entsprechen.“

Das alles sei versucht worden in den Gesellschaftsvertrag zu implementieren, was nun nach langen Verhandlungen mit der notwendigen Mehrheit gelungen ist. Bei der letzten Verhandlung sei es so gewesen, dass obwohl Neubrandenburg bis dato knapp 74 % der Zuschussanteile getragen hat und 61 % der Gesellschafteranteile hält, in dem Gremium mit insgesamt 22 Stimmen nur eine Stimme hatte. Im Vergleich dazu der Landkreis Mecklenburg-Strelitz aufgrund der Stimmenübertragung durch einzelne Kommunen sieben Stimmen, der Landkreis Müritzt, der noch viel weniger an Zuschüssen zahlt, vier Stimmen. Daran sei zu erkennen, wie ungerecht, unmöglich und untragbar die derzeitige Situation ist und dass es dringend geboten ist, etwas zu verändern. Veränderungen seien zwingend notwendig, da sonst die Gefahr besteht, dass die Theater und Orchester GmbH auf absehbarer Zeit nicht mehr lebensfähig sein wird.

Nach Dafürhalten von Herrn **Rautmann**, Geschäftsführer der Theater und Orchester GmbH, haben sich die Stadtvertreter im Mai 2008 rechtzeitig mit der Situation eines neuen öffentlich-rechtlichen Vertrages, eines neuen Theatervertrages, beschäftigt und weit vor Auslauf des alten Theatervertrages einen neuen Theatervertrag gefordert. Das passierte unisono bei den Theater tragenden Kommunen und beim Theaterverbund Mecklenburg-Strelitz/Neustrelitz in den dortigen Kreistagen und Vertretungen. Das Außenverhältnis sei durch eine Konditionierung, wie sie machbar war, geklärt worden. Das, was das FAG nun neu formuliert heißt im § 11, dass die Theaterfinanzierungen mit dem FAG auf 35,8 Mio. EUR festgeschrieben ist. Weiter heißt es, dass ausschließlich die produzierenden Mehrspartentheater am FAG partizipieren. Wie sich das FAG für die Theater und Orchester GmbH bemisst, sei eine lange Diskussion gewesen. Schwer zu vermitteln sei gewesen, warum dieses Theater im Grundbetrag 22 % und Schwerin und Rostock 28 % erhalten sollen. Mit den Prozenten sei Herr Rautmann zufrieden, jedoch nicht mit dem, was jetzt anders gewichtet wird, denn damit sei der Grundbetrag abgesenkt worden. Das FAG und der FAG-Erlass liegen auf dem Tisch und an den „äußeren Fronten“, im

Außenverhältnis gibt es eine Klärung. Mit dem Prozess, was die Landesregierung bilateral betrifft, sei man mit allen Eckpunkten durch.

Aber: Die Theater und Orchester GmbH finanziert sich über Zuflüsse/Zuschüsse und über Ertrag, d. h. über Eigenerlös. Alle Gesellschafter sind sich einig, dass eine Änderung im Gesellschaftsvertrag benötigt wird, also eine Klärung im Innenverhältnis. Nach dem genannten Eckwertebeschluss vom 15.12.2009 sei es ein mühseliger Prozess gewesen, das mit 22 Gesellschaftern in eine Form zu bringen. Was heute nicht vorliegt, sei die Erklärung, dass diese GmbH mit Satzung, mit Gesellschaftsvertrag, Zuschüsse bekommen soll. Ein Stimmkraftverhältnis nach dem GmbH-Gesetz aufzubauen (je 50 EUR Stammkapital gewähren eine Stimme) haben die Gesellschafter für richtig empfunden. Was ihn als Geschäftsführer umgetrieben habe, sei, dass dieses Theater mit dem Landkreisneueordnungsgesetz im Hintergrund in eine sichere Konstellation kommen sollte. Von der Einschätzung getrieben, habe es sehr schnell Konsens zwischen Geschäftsführung und Gesellschaftern gegeben. Es sollte eine Gesellschafterstruktur aufgebaut werden, die auf vier Landkreise und zwei Theaterstädte abstellt. Auch da könne an dem Punkt „Innenverhältnis“ ein Haken gemacht werden, auch wenn es notariell noch nicht vollzogen ist. Von den 19 kommunalen Gesellschaftern haben die Städte mit Stadtvertreterbeschluss erklärt, dass sie ihre Geschäftsanteile auf die jeweiligen Landkreise übertragen, mit Blick auf die Landkreisneueordnung. Was offen ist bis zum heutigen Tag sei der Gesellschaftsvertrag, der dann auch die Grundlage der Finanzierung schaffe. Zum heutigen Zeitpunkt fehle beides. Eine heutige Beschlussfassung sei mit entscheidend, ob dieser Gesellschaftsvertrag umgesetzt werden kann, so wie die Gesellschafter das am 13.07.2010 bereits beschlossen haben. Gesellschaftsvertrag und Finanzierung seien nun die beiden Baustellen, die es zu lösen gibt. Das Wirtschaftsjahr 2011 werde in keiner Weise einfacher. Das, was es nun als Eckwerte gibt, werde mit dem Aufsichtsrat in 14 Tagen zu besprechen sein und dann auch in die Gesellschafterversammlung gebracht. Aber ohne Gesellschaftsvertrag komme man mit der Theater und Orchester GmbH nicht weiter. Und die aufgeworfene Frage in der gemeinsamen Kulturausschusssitzung, ob der Gesellschaftsvertrag der Gesellschafterin Stadt Neubrandenburg schadet oder hilft, diese Antwort müssen die Stadtvertreter selber finden.

Der vorliegende **Änderungsantrag** der Fraktion DIE LINKE lautet:

Der Beschlusspunkt 1 wird ersatzlos gestrichen und erhält folgenden neuen Wortlaut.

1. Die Stadtvertretung stimmt der vorgeschlagenen Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz nicht zu.
Die Stadtvertretung beauftragt ihren Vertreter in der Gesellschafterversammlung folgende Änderungen in den bisher verhandelten Gesellschaftsvertrag einzubringen.
 - a) § 11 (7)
Im Satz 2 wird „der Geschäftsführer“ geändert in „jeder Geschäftsführer“.
Im Satz 3 wird „14 Tage“ geändert in „einer Woche“.
Der Absatz lautet neu:
Die Einberufung des Aufsichtsrates erfolgt durch den Vorsitzenden. Jedes Aufsichtsratsmitglied oder jeder Geschäftsführer können unter Angabe des Zwecks und der Gründe die unverzügliche Einberufung verlangen. Die Einberufung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens einer Woche zu erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Tag der Absendung der Tagesordnung. Diese Frist kann verkürzt werden, wenn die Hälfte der Auf-

sichtsratsmitglieder damit einverstanden ist.

- b) § 11 (9)
 Im Satz 3 wird der Wortlaut „mit beratender Stimme“ ersatzlos gestrichen.
 Der Satz 4 wird ersatzlos gestrichen:
 Der Absatz lautet neu:
 Die Geschäftsführung kann an den Sitzungen auf Verlangen des Aufsichtsrates teilnehmen. Über die Sitzungen des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die der Vorsitzende des Aufsichtsrates unterzeichnet. Vertreter der Gesellschafter können an den Aufsichtsratssitzungen teilnehmen.
 Ein Vertreter des Betriebsrates kann an den Aufsichtsratssitzungen teilnehmen.
- c) § 12 (2)
 Es wird ein neuer Punkt a) eingefügt:
 a) Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung von Geschäftsführeranstellungsverträgen
- Alle weiteren Buchstaben werden entsprechend geändert.
- d) § 12 (2)
 Ergänzung um Punkt h:
 h) die Festlegung der jeweiligen Preistabellen für den Kartenverkauf in den Hauptspielstätten
- e) § 23 (7)
 Der letzte Satz wird ersatzlos gestrichen.
- f) § 13 (8)
 Der Absatz wird um folgenden Satz ergänzt:
 Der Aufsichtsrat ist über die Tagesordnung von Gesellschafterversammlungen vor deren Durchführung zu informieren. Die Teilnahme an den Gesellschafterversammlungen steht den Aufsichtsratsmitgliedern frei.
- g) § 14
 Im Punkt f) wird folgender Wortlaut ersatzlos gestrichen:
 ... sowie Abschluss, Verlängerung, Aufhebung und Kündigung von Geschäftsführerangestelltenverträgen
- h) § 14
 Im Punkt k) werden die Worte „den Gesellschaftern“ ersetzt durch „der Gesellschaft“.
 Der Punkt k) lautet neu:
 Die Höhe der von der Gesellschaft aufzubringenden Betriebskostenzuschüsse, nach Maßgabe der Beschlüsse der Gesellschafter.
- i) § 14
 Punkt l) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:
 Festsetzung der Vergütungen für die Aufsichtsratsmitglieder sowie der diesbezüglichen Zahlungsmodalitäten

Für Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) gibt es vier Gründe, warum der Gesellschaftsvertrag vorliegt:

1. weil es die aktuelle Entwicklung im öffentlichen Theaterbereich notwendig macht
2. das Erfordernis, die Betriebskostenzuschüsse durch eine gemeinsame Finanzierung aufzubringen
3. das Erfordernis, die Anteils- und Stimmenverhältnisse mit den Finanzierungsverpflichtungen in Übereinklang zu bringen und
4. die Änderung des Gesellschafterkreises.

Die Gesellschafter haben sich mehrheitlich auf die vorliegende Fassung geeinigt und nun sollen die Vertretungen ihr Votum abgeben. Der Maßstab zur Bewertung des vorliegenden Vertrages sei für die Fraktion DIE LINKE das geltende Recht, wie das GmbH Gesetz, die Erfahrungen aus der bisherigen Zusammenarbeit in der GmbH, die Erfahrungen aus der Arbeit in Aufsichtsräten in anderen Gesellschaften und nicht zuletzt die Erwartungen für die Zukunft der GmbH. An diesen Maßstäben gemessen werden nicht wenige Probleme gesehen. Wie bereits in den Fachausschüssen deutlich gemacht, hatte und hat der Vertrag, gemessen am geltenden Recht, problematische Formulierungen. Einige davon habe die Verwaltung mit dem Änderungsblatt aufgenommen. Zu Fragen bleibe jedoch trotzdem, warum die Gelegenheit nicht konsequent genutzt wird und der Vertrag entsprechend § 5 Abs. 2 GmbH-Gesetz so geändert wird, dass der Nennbetrag jedes Geschäftsanteils in vollen Euro formuliert werden. Zu fragen sei auch, wer sind die Gesellschafter, die über diesen Vertrag abstimmen? Müssen nicht alle bisherigen Gesellschafter dieser Vertragsänderung zustimmen? Reicht es wirklich aus, dass die zukünftigen Gesellschafter per Vollmacht abstimmen? Welche Vollmacht haben sie eigentlich erhalten? Zu fragen sei auch, da der Gesellschaftsvertrag Sonderrechte bzw. die Aufhebung von Sonderrechten von einzelnen Gesellschaftern enthält, ob dazu nicht ein einstimmiger Beschluss notwendig gewesen wäre.

Zur Änderung von Kompetenzen: Der Aufsichtsrat habe nach § 11 des Aktiengesetzes die Geschäftsführung zu überwachen. Die Änderung des vorliegenden Vertrags werde gleich genutzt, um auch die innere Ordnung des Aufsichtsrates zu ändern (§§ 11 und 12). Die Fraktion DIE LINKE habe sich diese Position besonders genau angesehen, ist der Aufsichtsrat doch das Organ, über das die Vertretung ihre Verantwortung wahrnehmen kann und auch muss.

Im Absatz 4 des § 11 ist die Einberufung geregelt. Die Fraktion DIE LINKE schlage hier eine Klarstellung vor, dass jeder Geschäftsführer die Einberufung verlangen kann. Außerdem werde angesichts der eben auch vom Oberbürgermeister und Geschäftsführer beschriebenen, schwierigen Situation eine Verkürzung der Ladungsfrist auf eine Woche vorgeschlagen. Im Abs. 9 des § 11 steht: „An jeder Aufsichtsratssitzung können weitere Vertreter der Gesellschafter mit beratender Stimme teilnehmen.“ Wozu ist das notwendig? Die Teilnahme sei bisher möglich gewesen und sollte es auch zukünftig sein. Wozu werde nunmehr explizit festgeschrieben, dass die Vertreter der Gesellschaft mit beratender Stimme teilnehmen können? In den Aufsichtsräten der Gesellschaft seien gute Erfahrungen damit gemacht worden, dass genau diese Regelung nicht in den Gesellschaftsverträgen enthalten ist. Die vorgeschlagene Änderung werde von der Fraktion DIE LINKE für überflüssig gehalten, genauso wie die dann folgende, die sagt, dass den Vertretern der Gesellschaft auf Verlangen Unterlagen ausgehändigt werden können. Dies sei überflüssig, da im § 9 Abs. 1 die Auskunfts- und Einsichtsrechte des Gesellschafters klar geregelt sind. Interessant werde der § 12, weil dort dem Aufsichtsrat eine Aufgabe entzogen werde, die er bisher hatte: Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung von Geschäftsführeranstellungsverträgen. Diese Aufgabe werde nun zum Gesellschafter verlagert. Warum? Keiner der vier Gründe erkläre, warum es hier eine Gesellschaftsvertragsänderung geben soll. Dieser Aufgabenentzug sei aus Sicht der Fraktion DIE LINKE nicht zu akzeptieren. Die Erfahrungen in den Gesellschaften, in denen die Fraktion in den Aufsichtsräten sitzt, zeigen, dass es gut und richtig ist, dass die Aufgabe beim Aufsichtsrat

und damit bei der Vertretung liegt. Somit werde auch hier der Antrag gestellt, die Aufgabe wieder dem Aufsichtsrat zuzuordnen. Darüber hinaus werde eine Ergänzung um die Aufgabe für den Aufsichtsrat „Feststellung der jeweiligen Preistabellen für den Kartenverkauf in den Hauptspielstätten“ vorgeschlagen. Auch das sei eine Erfahrung, die in anderen Aufsichtsräten gemacht wurde. Die Fraktion DIE LINKE sei der Meinung, dass Preise und Preistabellen so ein wichtiges Element in der Arbeit der TOG seien, dass auch der Aufsichtsrat hier ein Mitspracherecht haben sollte.

Es sei unstrittig, dass die Gesellschafterversammlung, abgesehen von den nach GmbH-Gesetz festgelegten Aufgaben, die strategischen Ausrichtungen der Gesellschaft beschließen muss. In den §§ 13 und 14 werden die Arbeitsweise und die Aufgaben festgelegt. Im Absatz 4 des § 13 gibt es eine Ergänzung im letzten Satz, die zumindest missverständlich, wenn nicht sogar problematisch ist: „Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung überwacht die Umsetzung der Beschlüsse der Gesellschafter“. Was ist gemeint mit dem Begriff „Beschlüsse der Gesellschafter“? Die der Gesellschafterversammlung, der Gesellschaft oder der Gesellschafter? Die Gesellschafter seien die Landkreise und Kommunen und in diesen Gebietskörperschaften werden die Beschlüsse durch die Vertretungen gefasst. Hinzu komme, dass die Frage der Kontrolle bereits vergeben und geregelt ist: Die Kontrolle der Geschäftsführung und damit der Realisierung der Beschlüsse unterliege dem Aufsichtsrat nach § 12 Abs. 1 dieses Vertrages. Deshalb werde die ersatzlose Streichung vorgeschlagen. Des Weiteren werde eine Ergänzung betreffend des Aufsichtsrates im § 13 Abs. 8 vorgeschlagen: „Der Aufsichtsrat ist über die Tagesordnung der Gesellschafterversammlung zu informieren und die Teilnahme an der Gesellschafterversammlung steht den Aufsichtsratsmitgliedern frei“. Diese Regelung gebe es auch in anderen Gesellschaftsverträgen, und gerade bei einer so komplizierten Gesellschaft wie der Theater und Orchester GmbH sei es nicht das Schlechteste, wenn Aufsichtsratsmitglieder die Möglichkeit haben, die Meinungsfindung und die Findung der Lösung mit nachvollziehen zu können, indem sie dabei sind und sehen, mit welchen Argumenten wer dort auftritt.

Im § 14, den Aufgaben der Gesellschafterversammlung, muss der Punkt f) aus Sicht der Fraktion DIE LINKE gestrichen werden. Das sei eine Folge daraus, dass dem Aufsichtsrat wieder die Aufgabe für die Geschäftsführeranstellungsverträge zurückgegeben werden soll. Auch im § 14 Punkt k) gibt es wieder missverständliche Formulierungen, die aus Sicht der Fraktion dringend geändert werden müssen. Im § 14 Punkt k) werden daher zur Klarstellung die Worte „den Gesellschaftern“ ersetzt durch „der Gesellschaft“.

Außerdem werde im jetzigen Punkt l) des § 14 Änderungsbedarf gesehen. Nach diesem Punkt entscheidet die Gesellschafterversammlung über Grundsätze, Struktur, Organisation, personelle Ausstattung der Gesellschaft, ihrer Betriebsteile, Tochterunternehmen usw. Die hier formulierten Aufgaben seien klassische Geschäftsführeraufgaben. Die Gesellschafterversammlung gibt strategische Ziele vor und die Geschäftsführung habe diese Aufgaben mit entsprechenden Maßnahmen zu untersetzen. Strukturen, Organisation und personelle Ausstattung werden in Wirtschaftsplänen und in Stellenplänen beschlossen. Darunter liegende Entscheidungen, die der Geschäftsführer realisieren muss, werden vom Aufsichtsrat kontrolliert. Oder gibt es eine Notwendigkeit, diese Aufgaben auf die Gesellschafter zu verlagern? Ist die Geschäftsführung nicht in der Lage, diese Aufgaben zu erfüllen? Diesen Punkt halte die Fraktion DIE LINKE für überflüssig, denn das Tagesgeschäft gehöre nicht in die Gesellschafterversammlung.

Dafür schlage die Fraktion aber einen neuen Punkt vor, eine Aufgabe, die die Gesellschafterversammlung übernehmen sollte, denn nach GmbH-Gesetz stehe ihr diese Aufgabe zu: die Festsetzung der Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder sowie der diesbezüglichen Zahlungsmodalitäten. Das sei bisher nicht geregelt gewesen.

Diese genannten Änderungsvorschläge liegen mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor.

Zur Finanzierung: Im neuen § 15 werde auf ein noch zu treffendes Finanzierungsmodell abgestellt, das ab 01.01.2011 wirksam werden soll. Dieses liege noch nicht vor und Rats-

frau Muth habe kein Vertrauen mehr in Versprechungen, die da lauten „wir werden das schon irgendwann die nächsten Wochen hinkriegen“. Was die Finanzen der Gesellschaft betrifft, sei die Situation allemal unbefriedigend. Es sei fast Mitte September und der Jahresabschluss liege noch immer nicht vor. Zu verweisen sei auf die gesetzliche Normen, bis wann der Jahresabschluss vorzuliegen hat und die gesetzliche Norm, bis wann die Gesellschafterversammlung darüber entschieden haben muss. Ihre Frage danach im Finanzausschuss wurde mit Achselzucken von der Verwaltung beantwortet. Ratsfrau Muth meint, dass es klug und vernünftig wäre, sowohl das Finanzkonzept als auch einen, sollte es eine Mehrheit für den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE geben, überarbeiteten Vertrag zu bekommen. Darum lautet der Änderungsantrag, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Änderungen in die Verhandlungen einzubringen und dafür zu kämpfen, dass die von der Fraktion vorgeschlagenen Änderungen in den Vertrag eingearbeitet werden.

Ratsfrau Muth kenne die Argumente, dass nichts geändert werden darf und schnell über den Vertrag entschieden werden muss, da lange miteinander verhandelt wurde. Aber es sei überhaupt nicht schlüssig, warum diese Punkte, die die Fraktion geändert haben will im Vertrag geändert wurden. Wer hat diese Änderungen bewirkt und wer hat sie gewollt? In anderen Kreisen werden in diesem Monat auch keine Entscheidungen zum Gesellschaftsvertrag gefällt, d. h. es gibt keinen Grund, nicht die nächsten vier Wochen zu nutzen, um sowohl über die Finanzierung als auch über einen besseren Vertrag zu reden.

Ratsfrau Muth bittet, in der ersten Zeile des Änderungsantrages das Wort „ersatzlos“ zu streichen und wirbt um Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Beim Sichten des neuen Vertrages sei es auch die erste Reaktion von Ratsherrn **Bitto** (CDU) gewesen, dass einiges geändert werden könnte, müsste, sollte, wenn Aufgaben anders verteilt werden sollten. Einiges sei dann durch das Änderungsblatt der Verwaltung überholt worden. Auch in der Fraktion der CDU sei diskutiert worden, wie die Änderungen, die sich die Fraktion vorstellen kann, in das Verfahren mit eingespeist werden könnten. Das größte Problem sei, dass die Fraktionen heute nur aufgefordert sind, ja oder nein zu sagen. Wenn die Fraktionen „ja, aber“ sagen, dann heiße es automatisch, dass die Zustimmungen zu diesem Vertrag, wie ihn die Gesellschafter beschlossen haben, verweigert wurde. Die Sitzungen der Gesellschafter, in der dieser Vertrag verhandelt wurde, seien kein Vergnügen gewesen. Und wenn jeder Gesellschafter anfängt, dort Änderungen einzubringen, dann müsse sich genau überlegt werden, ob es diese Änderungen wirklich wert sind, um dieses Verfahren, das über ein Jahr dauerte und zäh und mühsam war, noch mal aufzunehmen.

Mit dem Vertrag seien eigentlich wesentliche Ziele erreicht worden: die Stimmkraft wurde von ehemals 4,5 % auf jetzt über 60 % gesteigert, gemäß der Stammeinlage. Des Weiteren sei verankert worden, dass der jeweilige Zuschuss an die Bespielung gekoppelt werden soll, also auch die zweite zentrale Forderung, die auch immer wieder Thema war. Und wenn der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vorliegt, müsse sich gefragt werden, für welchen Punkt es das wert ist. Macht es Sinn für die Änderungsvorschläge das Ganze aufs Spiel zu setzen? Für Ratsherrn Bitto gebe es bei den Änderungsvorschlägen nur einen Punkt, über den ernsthaft diskutiert werden sollte: die Frage der Kompetenz des Aufsichtsrates hinsichtlich der Geschäftsführeranstellungsverträge. Bei der Formulierung „der Geschäftsführer“/„die Geschäftsführer“ könne gestritten werden, im Aktiengesetz stehe „der Vorstand“ also „die Geschäftsführung“. Bezüglich der Verkürzung der Ladungsfrist seien die zwei Wochen Minimum, das stehe auch so im Gesetz. Bei der Frage der Beteiligung der Gesellschafter an den Aufsichtsratssitzungen mit beratender Stimme sei Ratsherr Bitto in der Diskussion dabei gewesen. Dort sei gesagt worden, dass gerne auch ein Vertreter der Belegschaft (ein Betriebsrats- und ein Personalratsmitglied) dabei sein solle, diese jedoch nicht das Wort ergreifen können. Dann die Frage, was mit

den Gesellschaftern gemacht wird. Diese sollten wenigstens reden dürfen, also wurde es abgegrenzt. Die Einen dürfen mit beraten und die anderen zuhören. Bezüglich der Preise gebe er Ratsfrau Muth Recht, in den anderen Gesellschaften sei das üblich. De facto mache es der Aufsichtsrat heute auch schon so. Und der Aufsichtsrat habe auch das Recht, das ohne Satzungsbestimmung sofort an sich zu ziehen per Gesetz.

Den Passus mit der Überwachung der Durchführung der Beschlüsse habe er so gelesen, wie er gelesen werden muss, dass es um die Beschlüsse der Versammlung geht und nicht der einzelnen Gesellschafter. Auch da könne korrigierend eingegriffen werden.

Den Passus, wenn es im Änderungsantrag um die Zuschüsse geht, halte Ratsherr Bitto für falsch, da die Zuschüsse nicht von der Gesellschaft gewährt werden, sondern von den Gesellschaftern. Es sei nicht gemeint, dass die Gesellschafter über ihre Gemeindevertretung/Kreistage entscheiden sollen, sondern die interne Aufteilung sei gemeint, das bewusste Modell, das schon seit über einem Jahr versprochen wird. Darum möchte Ratsherr Bitto dabei bleiben, dass es die Zuschüsse der Gesellschafter sind, über die entschieden wird.

Die Frage der Festlegung der Aufsichtsratsvergütung sei im Gesetz geregelt. Dann bleibe die Kompetenz des Aufsichtsrates für die Anstellungsverträge. Dort stand bisher „unterliegen der Zustimmung“. Es habe einen Streit darüber gegeben, was damit gemeint ist. Darüber könne diskutiert und sollte gesprochen werden. Die anderen Beteiligten haben geäußert, dass sie es gerne bei sich behalten wollen, dass auch die Kompetenz der Abberufung und der Berufung bei ihnen liegt und dass generell zusammen genommen wird. Es sollte vorher geprüft werden, ob mit diesem Antrag überhaupt Erfolg erzielt werden kann bei den anderen, bevor wiederum alles über den Haufen geworfen wird, was bisher erreicht wurde.

Wenn die Fraktion DIE LINKE will, dass die Änderungsanträge nicht nur durch die Neubrandenburger Stadtvertretung kommen, sondern auch durch die Gesellschafter zugestimmt werden, dann müsste der Antrag umformuliert werden und es müsse heißen „Wir stimmen dem Vertrag zu und beauftragen den Oberbürgermeister, folgende Änderungswünsche einzubringen in die nächste Versammlung.“

Mit dem vorliegenden Vertrag habe Neubrandenburg 60 % Stimmkraft. Wenn er abgelehnt wird, hat Neubrandenburg 4,5 %. Und man könne sich ausrechnen, welche Chancen dann bestehen, Anträge durchzubringen. Darum sollte heute zugestimmt werden mit Änderungsauftrag/mit Änderungswünschen. Wenn der Vertrag in Kraft gesetzt wird, werde für Neubrandenburg die Stimmkraft auf über 60 % erhöht und dann können auch Änderungsanträge durchgebracht werden, wofür nur eine 2/3 Mehrheit erforderlich ist.

Ratsherr Bitto wirbt um Zustimmung zur Drucksache und beantragt namens der Fraktion der CDU eine **Auszeit** vor der Abstimmung.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) meint, dass jede Vorlage nur mit „ja“ oder „nein“ entschieden werden kann. Wenn Vorlagen modifiziert werden, dann sei das nicht gleich eine Ablehnung, sondern Demokratie. Die Fraktion der SPD habe auch Änderungspunkte zum Vertrag, die nicht gleich politisch gewertet werden müssen. Es ergeben sich einige Fragen, ob diese Verträge überhaupt so beschlossen werden können:

1. Im § 2 stehe, dass Gegenstand auch sei, eine Holdingfunktion zu übernehmen. Das sei ein unbestimmter Rechtsbegriff und könne anders formuliert werden, dass sich die Gesellschaft mit anderen vereinigen darf, dass sie für Dritte Geschäfte machen darf.
2. Im § 3 Abs. 2 muss nach § 5 Abs. 3 GmbH-Gesetz auf volle Euro gerundet werden. Hier seien die Zahlen jedoch mit Komma geschrieben und nicht im Sinne des GmbH-Gesetzes, von daher sei der Vertrag so noch nicht richtig.
3. Bezüglich des § 14 f) sei die Frage, wie sich jetzt zu der Aufgabe gestellt wird,

dass die Bestellung und die Abberufung von Geschäftsführung sowie Abschluss, Verlängerung, Aufhebung und Kündigung von Geschäftsführeranhörungsverträgen Aufgabe der Gesellschafterversammlung ist? Der alte § 12 Abs. 2 a) wurde gestrichen. In der Tradition der Stadt Neubrandenburg sei das immer eine Aufgabe des Aufsichtsrates gewesen und nicht der Gesellschafter. Die Fraktion der SPD plädiert dafür, dass im Endeffekt dieser zweite Halbsatz in § 14 Abs. 4 entfernt wird, wenn sich dafür entschieden wird, § 12 Abs. 2 zu belassen mit Blick auf die Kompetenzen des Aufsichtsrates.

4. In § 15 Abs. 3 heißt es, „jede 50 EUR eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme“. Nach dem GmbH-Gesetz in der Fassung vom 01.11.2008 heißt es, „Jeder Euro eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme.“

Das habe keine politischen Auswirkungen, jedoch gehe es Ratsherrn Dr. Oppermann darum, ob der Vertrag überhaupt mit solchen relativen Mängeln von der Stadtvertretung beschlossen werden kann.

Auch die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass der Vertrag wichtig ist. Es habe ein Votum der Stadtvertretung gegeben, den Oberbürgermeister zu beauftragen, im Interesse der Stadt in Verhandlung zu treten. Ratsherr Dr. Oppermann sehe dieses Votum nicht gekoppelt an die Vorlage eines Gesellschaftsvertrages. Wenn es im Vertrag heißt, wenn er beschlossen ist, dann folgt ein Finanzkonzept, dann sehe er, dass eine Firma so nicht arbeite. Der Leitsatz sei: Die Struktur folgt der Strategie und der Stadtvertretung wird eine Struktur in Form des Gesellschaftsvertrages vorgelegt, aber keine Information über die Strategie. Deswegen fordere die Fraktion der SPD mit Vorlage eines Vertrages die Vorlage eines Finanzkonzeptes. Ordentliche Arbeit heiße, den Gesellschaftsvertrag und das Konzept der Unternehmen dahinter mit Blick auf Finanz- und Wettbewerbsstrategie. Momentan werde es sehr stark aus Sicht der Gesellschafter gesehen. Das sei schon zu merken an den Abgrenzungen gegenüber den Aufgaben/Kompetenzen eines Aufsichtsrates. Und da werde Ratsherr Dr. Oppermann misstrauisch. Es fehle die Marktsicht des Unternehmens, um dann zu sagen, ob die Geschäftsstruktur dem Markt förderlich ist für die Gesellschaft. Erst dann könne entschieden werden, wie hoch das Risiko und die Bereitschaft zum Finanzieren ist und was sich geleistet werden kann. Somit würde hier erst mal etwas unterschrieben, was nicht verantwortet werden kann.

Die Fraktion der SPD fordere in einem Beschlussantrag nach der Auszeit, dass mit der erneuten Vorlage der Veränderungen zum Vertrag gleichzeitig ein unter den Gesellschaftern abgestimmtes Finanzkonzept vorzulegen ist, damit beides für die Entscheidung vorliegt. Gegebenenfalls werde Ratsherr Dr. Oppermann einen weiteren Änderungsantrag zum § 16 Abs. 2 (Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden einstimmig gefasst) einreichen. Ratsherr Dr. Oppermann könne es nicht übernehmen, dass heute entschieden werden muss. Wer Kontakt mit dem Umland habe, wisse, dass bei einer heutigen Zustimmung überhaupt nichts passiert. Auch die anderen müssten zustimmen und aus dem Umland gibt es keine Voten im Sinne von Zustimmung zu dem Vertrag. Somit sei Zeit, demokratisch das Verfahren zu nutzen und sich auszutauschen. Es könne an der Qualität gearbeitet werden, denn die Ebene der Gesellschafter finde sich nicht in ihrer Einigkeit in den Gebietskörperschaften in den Stadtvertretungen/Kreistagen wieder. Die SPD-Fraktion werde ohne Vorlage eines Unternehmenskonzeptes, eines Finanzkonzeptes keine blinden Unterschriften leisten.

Gesellschaftsverträge seien wichtig, und es werde heute mit dem Gesellschaftsvertrag auch relativ existenziell entscheiden, verdeutlicht Ratsherr **Dr. Lübbert** (SPD). Dem Oberbürgermeister seien seinerzeit zwei Punkte mit auf dem Weg gegeben worden, die im Interesse der Stadt Neubrandenburg gelöst werden sollten: Zum Einen die Finanzierung. Was erst zur Bewegung geführt hat, dass sich daran überhaupt etwas ändert, denn es sei sich schon darauf eingerichtet worden, dass die Stadt Neubrandenburg dort entsprechende Betriebskostenzuschüsse liefert. Und zum Zweiten, das sich daran etwas

ändert, dass Neubrandenburg nicht nur unangemessen mit 4,5 %, sondern beschämend am Tisch sitzt und nichts zu sagen hat. Dieser Gesellschaftsvertrag setze die Stadt Neubrandenburg in Stand, adäquat zu ihrer oberzentralen Funktion, zu ihrer Spielstätte, Schauspielhaus und Marienkirche, Gewicht zu bekommen, im Rahmen von 4,5 % auf 60 %. Dann sei Neubrandenburg auch erst in der Lage, alles das, was richtigerweise diskutiert wurde, umzusetzen.

Wenn diesem Vertrag nicht zugestimmt (wie im Änderungsantrag formuliert) und sich wieder in die Diskussion mit 21 Gesellschaftern und 4,5 % Anteil begeben wird, dann werden die Anderen ihre Vorstellungen einbringen mit einem Ergebnis, was die nächsten Jahre nicht zu Stande kommt. Es müsse eine Gesellschafterstruktur geschaffen werden, die von der Kompetenz und ihrer Wichtigkeit und von dem, was sie einzubringen hat und muss, entsprechend Berücksichtigung findet.

Der Änderungsantrag hätte nur eine Logik gehabt, wenn dem Gesellschaftsvertrag zugestimmt und der Oberbürgermeister beauftragt worden wäre, mit den Punkten in die Gesellschafterversammlung zu gehen, dann aber mit 60 %, und nicht mit den Änderungsanträgen und 4,5 % Stimmanteil.

Dass die Finanzierung noch nicht wesentlich weiter sei, sei ein Mangel. Aber wie will man weitergekommen, wenn nach wie vor mit 22 Gesellschaftern diskutiert wird, die sagen, dass Neubrandenburg nach wie vor die Hauptlast trägt.

Die Vorlage könne vertagt und zurückverwiesen werden, was dann jedoch in den Ausschüssen darüber zu diskutieren ist, wisse Ratsherr Dr. Lübbert nicht.

Demzufolge werbe er darum, in der Auszeit noch mal zu bedenken, was der Stadt und dem Oberzentrum angetan wird, wenn dem Gesellschaftsvertrag nicht zugestimmt wird.

Die dargelegten Argumente seien für Ratsherrn **Schwanke** (CDU) unstrittig. Ein Großteil der von Ratsfrau Muth angezeigten Punkte sei diskutabel und auch zu akzeptieren, jedoch sei die Frage zu stellen, warum heute am Tag der Beschlussfassung diese Argumente auf den Tisch kommen. Diese Punkte hätten auch schon in den Ausschüssen vor Wochen angezeigt werden können. Er könne die Situation nur so verstehen, dass damit gepunktet werden will. Den anderen Gesellschaftern tue man keinen Gefallen damit. Den Äußerungen von Ratsherrn Bitto stimme er zu, denn diese Argumente seien für ihn absolut überzeugend: diesen Gesellschaftsvertrag mit Leben zu erfüllen und dann dazu die dementsprechenden weiteren Verhandlungen zu beauftragen. Es sollte heute ein Beschluss gefasst werden, der auch tragfähig ist.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) entgegnet, dass das in den Fachausschüssen angesprochen, thematisiert und diskutiert wurde. Deshalb liege auch das Änderungsblatt der Verwaltung vor, wo einige angesprochene Punkte der Fraktion DIE LINKE aus dem Kulturausschuss aufgegriffen wurden.

Das Instrument der Fraktionen sei es, Anträge über die Stadtvertretung zu stellen, um eine Drucksache zu ändern. Und davon habe die Fraktion Gebrauch gemacht.

Herr **Dr. Krüger** weist darauf hin, dass der Gesellschaftsvertrag dringend und wichtig sei. Es sei schwer gewesen zu verhandeln und eine Reihe von Dingen, die zum Teil zu Recht jetzt beklagt werden, konnten nicht durchgesetzt werden. Aber ein Gesellschaftsvertrag, der zwar nicht optimal, aber besser als zuvor ist, versetze die Stadt Neubrandenburg in eine ungleich bessere Situation.

Es sei nicht so, dass mit der Finanzierungsregelung nicht weitergekommen wurde. Eine Arbeitsgruppe sei eingesetzt und eine Menge Verhandlungen geführt worden. Mittlerweile stehe in diesem Vertrag etwas zur Finanzierung, mehr müsse in einem Gesellschaftsvertrag nicht enthalten sein, darüber seien sich alle in der Gesellschafterversammlung einig gewesen. Es heißt im Vertrag, dass die Betriebskostenzuschüsse nach Maßgabe der Beschlüsse der Vertretungen der Gesellschafter gegenüber der Gesellschaft gewährt werden. Bisher stand nichts über Betriebskostenzuschüsse im Gesellschaftsver-

trag. Der eigentlich entscheidende Satz sei jedoch: „Die Gesellschafter gewähren der Gesellschaft zum Zwecke der Erreichung des Gesellschaftszweckes einen jährlichen Betriebskostenzuschuss. Die Aufstellung und Umsetzung der Spielpläne der Gesellschaft ist abhängig von der Höhe der gewährten Betriebskostenzuschüsse der Gesellschaft.“ Das heißt, eine Korrelation zwischen Bespielung und Bezahlung herzustellen, was normalerweise auch üblich ist. Und in der letzten Gesellschafterversammlung seien relativ präzise Eckwerte formuliert worden, wie die Finanzierung gemacht werden soll. Es sei also deutlich mehr klar, als hier der Eindruck entstanden ist. Es sollte zunächst die Zustimmung zu dem Gesellschaftsvertrag abgewartet werden und dann das Finanzierungsmodell verabschiedet werden, was dann die Grundlage für die weitere Arbeit sein wird, insbesondere auch für den Haushalt 2011.

Herr Dr. Krüger wiederholt, dass es sehr schwierig wird, wenn der Gesellschaftsvertrag heute nicht verabschiedet wird.

Es werde in jedem Fall schwierig, meint Ratsherr **Dr. Oppermann**. Denn es könne nicht davon ausgegangen werden, dass die anderen Gebietskörperschaften diesem Vertrag zustimmen. Von daher sehe er nicht, dass nun Entscheidungsdruck besteht, denn die anderen entscheiden auch noch nicht. Die Stadtvertretung Neubrandenburg lege heute nur fest, was sie will und das mit geteilten Auffassungen. Es drohe der Stadt keine Gefahr. Der Landkreis Müritz und auch Demmin werden die nächsten zwei Wochen den Gesellschaftsvertrag nicht anpacken oder in ihren Ausschüssen behandeln, egal, was die Stadtvertretung Neubrandenburg beschließt. Wenn es schon Eckwerte gab, dann sei das ein Zeichen von weiterer Intransparenz im Verfahren. Diese hätten den Stadtvertretern vorgelegt werden müssen. Er stelle fest, dass keine Gefahr drohe, denn es gibt einen Gesellschaftsvertrag, der erst mal weiterläuft.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) habe eine andere Auffassung, als Ratsherr Dr. Lübbert. Genau der erste Satz sei der richtige, denn wenn in dem Änderungsantrag stehen würde, dass der vorliegenden Änderung zugestimmt wird und dann wird gesagt, der Oberbürgermeister hat in der Gesellschaft zu verhandeln, dann wisse er nicht, wie der Oberbürgermeister verhandelt, denn er habe einen bestätigten Gesellschaftsvertrag. Der vorliegenden Änderung stimmt die Fraktion DIE LINKE nicht zu. Sie würde zustimmen, wenn die Änderungsanträge eingearbeitet worden wären. Und das sei dann ein anderer Gesellschaftsvertrag als der jetzt vorliegende.

Ratsherr **Dr. Lübbert** antwortet, wenn nun dem Gesellschaftsvertrag zugestimmt wird und der Oberbürgermeister beauftragt wird, das in der Folge aufgezählte zu verhandeln, dann sei es noch immer eine Sache, die die Stadtvertretung kontrollieren kann und ihn auffordern kann, wenn er es dann ggf. nicht getan hat, dann aber nicht mit den 4,5 %, sondern mit 60 %.

Die Eckwerte zur Finanzierung seien in der Gesellschafterversammlung beschlossen worden, stellt Herr **Dr. Krüger** klar, sie seien nicht Bestandteil des Gesellschaftsvertrages, worüber sich alle darüber einig gewesen waren, dass das nicht Bestandteil des Gesellschaftsvertrages werden muss und soll.

Was heute Gegenstand der Verhandlung ist, sei der Gesellschaftsvertrag mit den zitierten Grundsätzen zur Finanzierung. Das sei auch nach Auffassung der Gesellschafter so unstrittig, dass es allgemein gelassen wird und mit den jährlichen Wirtschaftsplänen, anhand auch der dann vorliegenden Beispielpläne, im Einzelnen die Anteile der Finanzierung ermittelt werden. Das gehe dann nach einem festen Modell, was weitestgehend fertig sei. Jedoch müsse erst der Grundsatz beschlossen werden, nach dem dann auch dieses Modell verabschiedet werden kann.

Neubrandenburg verbessere sich deutlich mit diesem Vertrag, die anderen Gesellschafter seien nicht unbedingt begeistert. Es sei keine leichte Übung gewesen und ohne mit Fi-

finanzierungsentzug zu drohen, wäre das auch nicht gegangen. Die anderen Gesellschafter hätten keine Lust dem Gesellschaftsvertrag zuzustimmen, weil sie sich in der Regel verschlechtern. Aber wenn nicht mal Neubrandenburg zustimmt, dann dürfe man sich nicht wundern, dass die anderen auch nicht zustimmen.

Deshalb gehe auch von der Zustimmung heute eine große Signalwirkung nach außen aus.

Herr **Rautmann** geht auf die Äußerung von Rats Herrn Dr. Oppermann „die Struktur folgt der Strategie“ ein: Die Diskussion, wo sich dieses Theater mit den Standorten hinentwickelt, sei in der Gesellschafterversammlung geführt worden. Mit § 2 des Gesellschaftsvertrages sei die Strategie beschrieben. Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterhaltung und Betreibung des produzierenden Mehrspartentheaters Neubrandenburg/Neustrelitz mit den Produktionsstandorten Neubrandenburg und Neustrelitz. Das sei eine große Diskussion gewesen, ein Ringen um jeden Buchstaben. Als Geschäftsführer sei er dem Vertrag und vor allem dem Gegenstand (§ 2) verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, im Auftrag aller Gesellschafter, dass § 2 umgesetzt wird und im operativen Geschäft funktioniert. Die Struktur und vor allem die Strategie seien mit dieser Formulierung neu getroffen worden: ein Produktionsstandort in Städtebetrachtung.

In der Gesellschafterversammlung am 15.12.2009 sei sechs Stunden mit den Gesellschaftern über jede Formulierung und über Eckpunkte gerungen worden. Die Eckpunkte seien in diesen Gesellschaftsvertrag eingeflossen. Es sei vorgeschlagen worden, die Beschlusskraft in Richtung Einstimmigkeit herzustellen. Mit Blick auf die Theater Vorpommern GmbH sei zu sagen, dass diese von drei Gesellschaftern (Stralsund, Greifswald und dem Landkreis Rügen) getragen ist. Einstimmigkeit zwischen drei Gesellschaftern sei eine ganz andere Situation als Einstimmigkeit zwischen 22 Gesellschaftern.

Wenn gesagt wird, dass die Marktsicht fehlt und das Ganze sei im Paket zu verabschieden (Änderung des Gesellschaftsvertrages, Finanzierungskonzept, letztendlich Visionen und Strategie), dann sei zu sagen: Die Vision Neubrandenburgers als Gesellschafter war ein produzierendes Mehrspartentheater mit den beiden Produktionsstandorten und die Vorstellungen, dass die Zuschüsse aufgrund der haushalterischen Situation der Gesellschafter letztendlich nicht dynamisiert, sondern, wenn überhaupt, verstetigt wird. Der FAG-Erlass spricht von einer sogenannten kommunalen Mindestfinanzierung. Es habe Diskussionen in der Gesellschafterversammlung im April gegeben, dass letztendlich der auszukehrende Betriebskostenzuschuss für das Wirtschaftsjahr 2011 diskutiert und beschlossen wurde, unterhalb der Höhe der Betriebskostenzuschüsse 2009 in der Höhe 3,605 Mio. EUR wie in diesem Jahr. Das Jahr 2010 sei ein absolutes Theaternotstandsjahr. Mit der Spielzeit 2010/2011 sei in eine Spielzeit gegangen worden u. a. mit nicht besetzten Stellen, mit nicht verpflichteten Gästen und ohne Spielzeitheft.

Zur Frage nach dem Jahresabschluss sei auf seine Information mit dem vorläufigen Jahresabschlussergebnis in der Gesellschafterversammlung am 13.07. 2010 zu verweisen. Durch den Steuerberater und durch die Geschäftsführung gibt es einen mit der Verwaltung aufgestellten Jahresabschluss. Und es gibt Abläufe des Wirtschaftsprüfers, die vorsehen, dass in die nächste Aufsichtsratssitzung mit dem aufgestellten Jahresabschluss gegangen wird. Es stimme, es gibt Abläufe durch das Gesetz und der Wirtschaftsprüfer habe noch nicht geliefert. Die Gesellschaft mit Blick auf das Wirtschaftsjahr 2010 sei aus der jetzigen Einschätzung nicht erkennbar ausreichend finanziert, weil es keine klaren Verabredungen gibt für das Jahr 2011. Die klare Verabredung, 2010 nach Stammkapital, werde es nicht geben. Die Gesellschafter wünschen mehrheitlich keine Finanzierung nach Stammkapital im Jahr 2011, sondern nach einem Finanzierungsmodell, was am 13.07.2010 in der Systematik besprochen ist. Am 30.06.2010 positionierte sich der Landrat (in der Kulturausschusssitzung) bereits zu einer Finanzierung für das Jahr 2011 auf Grundlage eines Finanzierungssystems. Mecklenburg-Strelitz/Neustrelitz habe im Jahre 2009 einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von 987.000 EUR geleistet. Die Aussage des Landrates sei siebenstellig.

Was die Stadtvertretung dem Oberbürgermeister gegeben habe, sei ein Verhandlungsmandat. Der Druck, der aufgemacht wurde, kam bei der Gesellschaft an. Für das Jahr 2011 werden klare Verabredungen benötigt.

Auf Grund der beantragten Auszeit wird die Sitzung von 17:03 Uhr bis 17:23 Uhr unterbrochen.

Nach Beratung der Fraktion DIE LINKE und Auswertung der Debatte informiert Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) über eine Änderung des Antrages der Fraktion DIE LINKE wie folgt:

Gestrichen wird:

„Der Beschlusspunkt 1 wird gestrichen und erhält folgenden Wortlaut“ und der Satz 1 „Die Stadtvertretung stimmt der vorgeschlagenen Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz nicht zu.“

Ab „Die Stadtvertretung beauftragt ihren Vertreter in der Gesellschafterversammlung folgende Änderungen in den bisher verhandelten Gesellschaftsvertrag nach rechtlicher Prüfung einzubringen.“ soll das der Punkt 3 der Beschlussvorlage werden.

Es könnte einzeln über die dann folgenden Punkte abgestimmt werden.

Ratsherr **Dr. Oppermann** gibt den Hinweis, dass die Fraktion DIE LINKE in ihrem Änderungsantrag aufnehmen könnte, dass bis zur nächsten Stadtvertretung ein Finanzkonzept vorgelegt wird.

Abstimmung über den geänderten

Änderungsantrag:

Der Änderungsantrag wird bei 2 Enthaltungen bestätigt.

Beschlussfassung: Der Vorlage wird ohne Gegenstimmen bei 9 Enthaltungen bestätigt.

Beschlusnummer: 155/11/10

TOP 6

V/289 Bildung eines gemeinsamen beratenden Gremiums gemäß
1 Änderungs- § 19 LNOG M-V
blatt Einreicher: Oberbürgermeister

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, informiert, dass eine Zählgemeinschaft von der Fraktion DIE LINKE und von den Einzelvertretern Ratsherrn Nötzel, Ratsherrn Hans-Jürgen Schulz, Ratsherrn Sandmann und Ratsherrn Kilian Schneider angezeigt wurde.

In den Beschlussvorschlag sind folgende Namen einzusetzen:

1. Ratsherr **Bitto** vertreten durch Ratsherrn **W. Schneider**
2. Ratsfrau **Muth** vertreten durch Ratsherrn **Kowalick**
3. Ratsherr **Nötzel** vertreten durch Ratsherrn **Gräber**
4. Ratsherr **Dr. Lübbert** vertreten durch Ratsherrn **Stieber**

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 156/11/10

- TOP 7** **V/296** Bildung eines zeitweiligen beratenden Ausschusses gemäß § 19 Abs. 1 Satz 3 LNOG M-V
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 157/11/10

- TOP 8** **V/272** Information
Mitgliedschaft der Stadt Neubrandenburg im Zweckverband
Elektronische Verwaltung in M-V
Einreicher: Oberbürgermeister

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 10** **V/256** Einfacher Bebauungsplan Nr. 3 "Eschengrund/Trockener Weg"
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Stadtentwicklungsausschuss: 8 Dafürstimmen und 1 Gegenstimme

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 158/11/10

- TOP 11** **V/257** 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 "Eschengrund/Gartenbau"
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Umweltausschuss: 8 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 159/11/10

- TOP 12** **V/271** 8. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Lindenberg-Süd"
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Umweltausschuss: 8 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 160/11/10

TOP 13 **V/290** Regionaler Nahverkehrsplan Mecklenburgische Seenplatte
hier: Wahl von drei Mitgliedern des ÖPNV-Beirates
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Rühs**, Stadtpräsident, informiert über die Nominierungen:

für die Fraktion der CDU: Ratsfrau **Dr. Kuhk**
für die Fraktion DIE LINKE: Ratsherr **Gräber**
für die Fraktion der SPD: Ratsherr **Pissarek**

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 161/11/10

TOP 14 **V/260** Informationsvorlage zur Neuorganisation SGB II
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Sozialausschuss: zur Kenntnis genommen.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Günter Rühs
Stadtpräsident

Renate Klopsch
stellvertretende Stadtpräsidentin

Marion Lippold
Protokollantin